

Gleichschaltung und Widerstand*)

Zum Verhalten der deutschen Gewerkschaften im April 1933 (Im Lichte bisher unbekannter Dokumente)

Dr. Gerhard Beier, Jahrgang 1937, arbeitet z. Z. an einer Habilitationsschrift zur Gewerkschaftsgeschichte. Er hat zahlreiche Kapitel der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung dargestellt und Probleme der politischen Bildung analysiert. 1966/67 war er Schulungsleiter im Schulungsheim der IG Druck und Papier in Springen/Taunus.

Zur Dialektik von Widerstand und Gleichschaltung

Wer von „Gleichschaltung und Widerstand“ hört, wird beides als klar getrennte Alternativen gewerkschaftlichen Verhaltens gegenüber dem Nationalsozialismus verstehen: Nicht in einem dialektischen Zusammenhang, nicht Gleichschaltung als Mittel zum Widerstand, nicht Widerstand als Hebel zur Gleichschaltung, sondern deutlich geschieden: „Gleichschaltung *oder* Widerstand“.

Demnach standen die Gewerkschaften in der politischen Krise der frühen dreißiger Jahre vor der einfachen Entscheidung, sich dem Nationalsozialismus mit allen Mitteln des aktiven und passiven Widerstands entgegenzustemmen oder eine Politik der Anpassung, der freiwilligen Gleichschaltung, zu betreiben. Diese Alternative aufstellen, heißt bereits, sie zu beantworten. Denn in dieser abstrakten Gegenüberstellung konnte es für die Gewerkschaften redlicherweise nur den Weg des konsequenten Widerstandes geben: von der Gegenpropaganda über Demonstrationen und Streiks zum politischen Generalstreik, ja zur bewaffneten Verteidigung demokratischer Institutionen und — äußerstenfalls — zum bewaffneten Aufstand.

Global hat diese Betrachtungsweise vieles für sich. Sie klingt logisch richtig, läßt sich leicht vermitteln, wirkt glaubwürdig, ja hochmoralisch. In ihr kommen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik leicht zur Deckung. Aus dieser Haltung heraus ist das Urteil schnell gesprochen: Die deutschen Gewerkschaften haben jämmerlich versagt: an ihrer Spitze der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) unter *Theodor Leipart*, schlimmer noch die Hirsch-Dunckerschen und die christlich-nationalen Gewerkschaften. Keine dieser Massenorganisationen hat zum aktiven Widerstand aufgerufen, geschweige denn um den Einsatz ihres Lebens

*) Vortrag, gehalten zur Eröffnung des 41. Lehrgangs der Akademie der Arbeit am 9. Mai 1975 in Frankfurt/M.

gekämpft. Alle haben — teils gemeinschaftlich, teils getrennt — ihre Kontakte zu den Nazis gesucht, um ihre Haut zu retten. Schließlich waren sie den neuen Machthabern nicht einmal mehr gut genug, um als Verhandlungspartner zu dienen. Der kampflosen Niederlage folgte der Spott über den politischen „Wechselbalg“.

Auf dieses vernichtende Urteil reimt sich eine Geschichtsinterpretation, die alles auf den kleinen menschlichen Verrat und den großen politischen Bankrott des demokratischen Sozialismus abstimmen möchte, und zwar mit einer Argumentationskette von suggestiver Folgerichtigkeit: Demnach begann es mit Revolutionären von 1848, die sich vom Bonapartismus kaufen ließen. Zu ihnen gesellte sich der Parteigründer *Ferdinand Lassalle*, als er 1864 — schamlos wie er war — auf ein Techtelmechtel mit dem „Eisernen Kanzler“ einging. Selbst der „Soldat der Revolution“, *Wilhelm Liebknecht*, wurde Anfang der achtziger Jahre beinahe ein Opfer des sozialdemokratischen Milieus, als er Sympathien für *Bismarcks* „Staatssozialismus“ entwickelte. Einen ersten Gipfel setzten die „aristokratischen“ Buchdrucker mit ihrer „wirtschaftsfriedlichen“ Tarifgemeinschaftspolitik. Tarifgemeinschaft und Volksgemeinschaft trafen sich in dem verhängnisvollen Beschluß vom 4. August 1914, dem Kaiser die Kriegskredite für den „Griff nach der Weltmacht“ zu bewilligen. Die weitere Konsequenz hieß „Zentrale Arbeitsgemeinschaft“. Die Gewerkschaften verbündeten sich heimlich mit *Hugo Stinnes*. Auf *Legten* folgten *Leipart* und — *Ley*. Die unvollendete soziale Revolution von 1918/19 mündete demnach zwangsläufig in die vollendete „nationale Revolution“, besser gesagt Konterrevolution von 1933. Und immer wieder reimt auf die Frage: „Wer hat uns verraten?“ nur eins: „....!“ Die Scheinanalyse der Gleichschaltungspolitik wird zur Strophe mit Kehrreim in einem hundert Jahre alten, stereotypen Gesang, der Moritat vom Arbeiterverrat.

Das alles ist nicht so falsch, wie es in dieser überspitzten Zusammenfassung erscheinen mag. Aber es verstellt den Blick für die wirkliche Dialektik der Geschichte, in der Biedermänner zu Verrätern und Brandstifter zu Heiligen, durch die Irrtümer zu Erkenntnissen und Wahrheiten zum Verhängnis werden können.

So allgemein richtig die Kritik am Immobilismus der Gewerkschaften war, so zutreffend die Klagen über ihre matte Führung, so legitim die Anklagen gegen den bequemen Opportunismus des Abwartens, so wenig galt im April 1933 noch dasselbe, was im Juli 1932 (beim Staatsstreich in Preußen) oder im Januar 1933 (bei *Hitlers* Machtergreifung) richtig gewesen wäre. Die Machtverhältnisse hatten sich entscheidend zum Nachteil der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung verschoben. Das Verhältnis von Gleichschaltung und Widerstand mußte aus der Perspektive des Unterlegenen in einer neuen Dialektik gesehen werden, ja ihre Dialektik wurde aus der Grabenschau heraus erst eigentlich sichtbar. Denn die Dialektik ist der politische Rationalismus des Unterdrückten, für den die Verhältnisse aus der Negation heraus auf dem Kopfe stehen. Dem-

nach hieß es nicht mehr Widerstand *oder* Gleichschaltung. Vielmehr bedeutete offener Widerstand die Anpassung an aggressive Erwartungen der Herrschenden. Zu gerne hätten sie aus ihrer erschlichenen Legalität heraus den Todesstreich gegen die Kader der Arbeiterbewegung geführt. Der Reichstagsbrand erschien nur als das sanfte Vorspiel eines solchen Infernos der Demokratie.

Umgekehrt wurde freiwillige Gleichschaltung nun zur Voraussetzung eines erfolgreichen inneren Widerstandes auf längere Sicht. Es gab immer noch eine Massenbasis von 4 Millionen zuverlässigen und hochqualifizierten Gewerkschaftern — doppelt so viele als vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Davon waren einige hunderttausend Betriebsräte und Vertrauensleute, die sich in den Wahlen vom Frühjahr 1933 hervorragend gehalten hatten. Über 6000 hauptberufliche Funktionäre steuerten den weitverzweigten Apparat bis in die äußersten Provinzen hinein. Das Organisationsvermögen betrug immer noch weit mehr als 100 Millionen Reichsmark. Vor ihrer gewaltsamen Zerschlagung am 2. Mai 1933 waren die deutschen Gewerkschaften eine funktionierende Massenorganisation, die ihresgleichen in der Welt suchte.

Die Vereinigung von sozialistischen, christlichen und liberalen Richtungen, die allein aus der Niederlage heraus möglich schien, berechnete zu größeren Hoffnungen für die Zukunft: der deutschen Einheitsgewerkschaft als Bollwerk einer künftigen Demokratie. Dergestalt verwandelte sich Gleichschaltung auf längere Sicht in Widerstand und Neuordnung, wogegen hastiges Losschlagen auf eine sichere Niederlage, zwangsweise Gleichschaltung und hoffnungslose Resignation hinauslaufen mußte. So verkehrte sich in den Apriltagen das Verhältnis von Widerstand *oder* Gleichschaltung in eine subversive Dialektik von Widerstand *durch* Gleichschaltung.

Wenn dieser komplizierte Zusammenhang in der Überlieferung mehr und mehr verlorengegangen ist, dann liegt das einmal an den maßlosen Kritikern jeder nichtrevolutionären Taktik; aber auch an den Apologeten der Gewerkschaftsführung und des gehobenen Widerstandes. Während die einen den „Leipart & Konsorten“ jegliche Resistenz absprechen, deuten die anderen alles als Widerstand, was eine gehörige Portion Gleichschaltung enthält und nur ambivalent zu interpretieren ist. Das Kernstück dieser irreführenden Version bildet die „Kaiserlegende“, derzufolge die drei Gewerkschaftsrichtungen im Frühjahr 1933 einen „Führerkreis“ bildeten, um dem nationalsozialistischen „Zugriff durch ihren Zusammenschluß widerstehen zu können“¹). Dazu diente eine sogenannte „Charta der Vereinigung“ mit den folgenden Grundsätzen:

1. Die Gewerkschaften sind die berufenen Vereinigungen zur Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

1) So zuerst im Telegraf vom 15. 6. 1947. Einer von denen, die uns fehlen. Zum Gedenken an Wilhelm Leuschner — Von Jakob Kaiser.

2. Das höchste Ziel ihrer Arbeit ist die Forderung eines gesunden Staates und Volkes als Voraussetzung der Sicherung der sittlichen, kulturellen, staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensrechte des deutschen Arbeiters.

3. Die religiösen Grundkräfte sind in ihrer Staats- und gesellschaftsaufbauenden Bedeutung zu achten und anzuerkennen.

4. Die Gewerkschaften haben parteipolitisch völlig ungebunden zu sein.

Wer heute nach den historischen Grundlagen der Einheitsgewerkschaft forscht, stößt immer wieder auf diesen kurzen und wichtigen Text, so wie er von *Jakob Kaiser* überliefert und interpretiert wurde. Die vier Punkte finden sich in einem guten Dutzend Geschichtswerken mit prominenten Verfassern und verwirrenden Quellenangaben, aber immer wieder in der gleichen Kaiserschen Version.

Wer freilich den Text genauer abklopft, den müssen kritische Zweifel beschleichen: Die erste Ziffer wiederholt schlicht die Eingangsformel der umstrittenen Zentralen Arbeitsgemeinschaft von 1918. In der zweiten klingt eine völkische Hygiene an, die eher in den Zusammenhang des Rassismus als den der Gewerkschaftsgeschichte gehört. Die dritte Ziffer funktionalisiert das Christentum in einer Weise, die allein „Deutschen Christen“ zuzutrauen wäre. Die vierte Ziffer klingt nach politischer Entmündigung. Soll das etwa die Charta der Vereinigung gewesen sein, auf die sich die deutsche Einheitsgewerkschaft aufbaut, um die uns — so *Willy Brandt* — „die Welt beneidet“²⁾?

Tatsächlich war das Einheitsabkommen vom April 1933 beträchtlich länger. Es findet sich in zwei Publikationen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) aus dem Jahre 1934 ausführlicher wiedergegeben. Die einleitenden Sätze scheinen die ärgsten Befürchtungen zu bestätigen, wenn es heißt: „Die nationale Revolution hat einen neuen Staat geschaffen. Dieser Staat will die gesamte deutsche Volkskraft einheitlich zusammenfassen und machtvoll zur Geltung bringen. Aus diesem volklichen Einheits- und Machtwillen heraus kennt er *weder klassenmäßige Trennung noch volksabgewandte Internationalität*. Diese Tatsache stellt das gesamte deutsche Volk, jeden seiner Stände und jeden einzelnen vor die Notwendigkeit, seine Haltung zu diesem Staat festzulegen. Die deutschen Gewerkschaften sind des Glaubens, daß sie der großen Aufgabe des neuen Staates, alle Kräfte des deutschen Volkes zu einer stärkeren Einheit zusammenzufassen, am besten dienen, wenn sie sich über alle Trennungen der Vergangenheit hinweg zu einer einzigen umfassenden nationalen Organisation der Arbeit vereinigen.“

Das klingt in der Tat wie glockenreine Gleichschaltungspolitik. Aber die NS-Propagandisten, die sonst einheitliche Sprachregelungen befolgten, haben dem Text eine widersprüchliche Interpretation gegeben. Im „Informationsdienst“ der DAF trägt er die Überschrift: „Wie sie sich retten wollten“. Demnach woll-

2) Aktennotiz vom 13. 4. 1933, in: Furtwängler, Archivschachtel im DGB-Archiv Düsseldorf, S. 6.

ten die Gewerkschaftsführer „auch nach dem Siege der nationalsozialistischen Revolution“ auf „klassenmäßige Aufspaltung des deutschen Volkes“ keineswegs „verzichten“³⁾. Dagegen betonten *Ludwig Brucker* und *Friedrich Meystre* — beide intime Kenner der letzten Verhandlungen — die niedrigen persönlichen Motive der Gewerkschaftsführer. Durch sie wird der Text als Dokument der „Feigheit“ und des „Verrats“ der Bonzen charakterisiert, die nur noch ihre „Posten“ retten wollten: „Am Ende des Marxismus der Verrat seiner obersten Verfechter“⁴⁾!

Es fällt schwer, einer derart polemisch verpackten Quellenveröffentlichung zu trauen. In der Tat geht aus beiden DAF-Versionen hervor, daß sie nicht das vollständige Dokument, sondern nur eine gekürzte Fassung bieten. Sollte hier also eine „Kürzung mit Tendenz“ oder gar eine Fälschung erfolgt sein, um die Gewerkschaftsführer ein Jahr nach der Gleichschaltung nochmals zu diskreditieren?

Zweifellos hätte das im Interesse der DAF gelegen. Zudem bot ein solches Vorgehen die Chance, Zwietracht unter den Kräften des Widerstandes zu schüren. Die Veröffentlichung des Einheitstextes im Frühjahr 1934 war geeignet, alle Einheits- und Volksfrontbestrebungen in Deutschland und auf der internationalen Ebene zu hintertreiben. Die Interpretation bleibt deshalb zweifelhaft. Eine eindeutige Aussage unmöglich. Die einleitende Frage offen: Gleichschaltung und/oder Widerstand?

Unbekannte Dokumente zum Einheitsabkommen vom 28. April 1933

Wer sich mit dieser offenen Frage-Antwort nicht zufriedengeben will, muß nach der Urfassung des Einheitsabkommens suchen. Das ist leichter gesagt als getan, denn die gedruckte Literatur gibt nicht mehr her, als was von der DAF veröffentlicht wurde. Das Archiv der Arbeitsfront, in dem auch die Akten der gleichgeschalteten Gewerkschaften lagerten, wurde im Kriege vernichtet. Das Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf — sonst gut bestückt — schweigt zu diesem Komplex. Die Akten der Reichskanzlei und des Reichsarbeitsministeriums im Bundesarchiv in Koblenz enthalten allerlei interessante Hinweise, nicht aber das Einheitsabkommen. Ebenso ist es im ehemals Preußischen Geheimen Staatsarchiv unter den Akten von Staatssekretär *Grauen* nicht zu finden, obwohl dort der einschlägige Briefwechsel mit Jakob Kaiser liegt.

Lebende Zeugen leiden allesamt unter Gedächtnisschwund — nach über vierzig Jahren auch ohne Verdrängungsmechanismen erklärlich. Der Nachlaß Jakob Kaisers enthält viel aufschlußreiches Material, nicht aber das Einheitsabkommen. Weder die Witwe noch die Biographen können mehr darüber sagen. Von liberaler Seite waren *Anton Erkelenz* und *Ernst Lemmer* an den Einheits-

3) Informationsdienst. Amtliche Korrespondenz der Deutschen Arbeitsfront, Ausgabe A, 2. Jg., 28. 3. 1934.

4) L. Brucker/F. Meystre, Sozialpolitik im Neuen Reich, München 1934, S. 18 f.

Verhandlungen beteiligt. Der Nachlaß Erkelenz erweist sich aber als „taub“, was diese Frage anlangt. Der Nachlaß Lemmer ist nicht zugänglich. Es bleibt von sozialistischer Seite der Nachlaß *Wilhelm Leuschner*, denn im Laufe des April 1933 ging die Verhandlungsführung von Theodor Leipart immer mehr auf den jüngeren Wilhelm Leuschner über. Freilich gilt der Leuschner-Nachlaß nach den Angaben *Wolfgang A. Mommsens* als durch die Gestapo beschlagnahmt und vermutlich vernichtet⁵⁾.

Aber hier bricht die Kette des Schweigens und der lückenhaften Überlieferung. Wesentliche Teile des Leuschner-Nachlasses wurden von den Erben in das zuständige Staatsarchiv gegeben und stehen jetzt — wohlgeordnet — zur wissenschaftlichen Auswertung bereit.

Unter den Papieren befindet sich eine Abschrift des „Tages-Merkbuches“, also des Taschenkalenders, den Leuschner in den kritischen Monaten geführt hat⁶⁾. Demnach weilte er in den Tagen der Machtergreifung am Genfer See beim Internationalen Arbeitsamt (IAA). Dort ging es um Beschlüsse zur Einführung der Vierzigstundenwoche und — für Leuschner persönlich — um sein Avancement zum Vizedirektor des IAA. Am 31. Januar wurde er telefonisch über die Vorgänge in Berlin informiert, blieb aber vorerst in Genf.

In Deutschland zurück, hatte er zunächst als amtierender hessischer Innenminister mit der Abwicklung seiner Dienstgeschäfte zu tun. Unter dem 11. Februar findet sich der drastische Eintrag: „Eine harte Woche. Scheißkerle entpuppen sich!“ Ende Februar scheint es dann zu einer Absprache mit dem gestürzten Reichskanzler *Kurt von Schleicher*, dem „sozialen General“, gekommen zu sein, in der es vermutlich um mögliche gemeinsame Maßnahmen der Reichswehr und der Gewerkschaften gegen den Nationalsozialismus ging. Der Reichstagsbrand und die Wahlen vom 5. März haben diese Kombination empfindlich gestört.

Nach den Reichstagswahlen, die dem Kabinett Hitler eine verstärkte parlamentarische Basis brachten, mehrten sich in Leuschners Tagebuch Hinweise auf Kontakte zu den neuen Machthabern. Es fallen die Namen *von Papen*, *Göring*, *Hindenburg*. Unter dem 15. März werden die Sitzungen des ADGB-Bundesvorstandes und des Bundesausschusses mit einer Klammer versehen, hinter der es lakonisch heißt: „Gewerkschaften faschisiert“.

In den folgenden Wochen bemühte der ADGB sich um Gleichschaltungsverhandlungen. Am Anfang stand ein Schreiben Leiparts an Hitler. Nur zögernd folgten Gespräche mit Vertretern der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO). Ein Termin am 8. April, der mit Ministerialdirektor *Dr. Hans Engel* (RAM und NSBO) vereinbart war, scheint in letzter Minute

5) Wolfgang A. Mommsen. Die Nachlässe in den deutschen Archiven, Boppard 1971.

6) Vgl. Joachim G. Leihhäuser. Das Jahr 1933 in Wilhelm Leuschners Tagebuch, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12. Jg. 1961, H. 10, S. 607—610.

geplatzt zu sein. Erst am 13. April traf der Bundesvorstand des ADGB mit einer Verhandlungskommission der NSBO zusammen, die offenbar nur geringe Vollmacht besaß und eher dilatorische Aufgaben hatte. In dieser Besprechung vom Gründonnerstag 1933 stellte Leuschner gegenüber den NS-Vertretern klar: „An Ihrem Vorschlag interessiert uns die Einheitsgewerkschaft und Ihre Erklärung, die Gewerkschaften nicht zerschlagen zu wollen⁷⁾.“ Leipart meinte seinerseits: „Wir müssen es ablehnen, Verräter an unserer Sache zu sein⁸⁾.“ So beiläufig diese Sätze auch fielen, sie waren Ausdruck des aufkommenden Widerstandes und ein Affront gegenüber den NS-Vertretern. An den folgenden Ostertagen erteilte Hitler seine Befehle zur Zerschlagung der Gewerkschaften.

Den Vorständen blieb eine Gnadenfrist von knapp zwei Wochen. Leuschner hielt Verbindung zum Reichsarbeitsministerium unter *Franz Seldte*. Zugleich betrieb er Verhandlungen mit christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Unter dem 20. April findet sich erstmals die Notiz: „Einigungsverhandlungen“, dazu der Hinweis: „Christen, Hirsche, ADGB“. Verhandlungsort war die „Pension Adler“ am Kurfürstendamm 47, in der Nähe des Kranzlerecks. Die drei Spitzen trafen sich also nicht in einem Gewerkschaftshaus, sondern in privatem Rahmen. Das deutet auf den Versuch, diese Zusammenkünfte geheimzuhalten oder doch vor Neugierigen abzuschirmen. Jedenfalls kam es in den letzten Apriltagen zu einer raschen Folge von Spitzengesprächen, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit standen. Unter dem 28. April, nachmittags 4 Uhr, heißt es im Tages-Merkbuch: „Brauer, Kaiser, Formulierung“. Es war der Freitag vor dem 1. Mai und damit der letzte volle Geschäftstag, um ein Einheitsabkommen unter Dach und Fach zu bringen.

Dazu enthält der Leuschner-Nachlaß fünf Arbeitspapiere, die offensichtlich in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Verhandlungen zu interpretieren sind. Eines ist eindeutig auf den 28. April 1933 datiert. Freilich trägt keines eine Unterschrift oder nähere Angaben über die Entstehung. Aber einer der Texte wurde gewiß auf der Schreibmaschine Jakob Kaisers geschrieben, denn er zeigt dasselbe charakteristische Typenbild wie Kaisers Briefwechsel mit Staatssekretär Grauert. Es handelt sich bei diesem Text um den dreiseitigen „Entwurf“ zum „*Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften*“, also um die erste Fassung der „Geburtsurkunde“ der deutschen Einheitsgewerkschaft.

Dieses Schriftstück ist als bislang zuverlässigste Quelle zur Entstehung und Programmatik des „Führerkreises“ anzusehen. Unter Ziffer 4 a-d enthält es dieselben Grundsätze, wie sie von Jakob Kaiser überliefert wurden. Es bestätigt aber auch die ausführlichere Version der Deutschen Arbeitsfront als zweifelsfrei echt, wenn auch leicht gekürzt. Darüber hinaus gestattet dieser Text Einblick in die Entstehungsgeschichte des Einheitsabkommens, vor allem auch in die unter-

7) Aktennotiz vom 13. 4. 1933, in: Furtwängler, Archivschachtel im DGB-Archiv Düsseldorf, S. 6.

8) Ebenda S. 2.

schiedlichen Verhandlungspositionen der christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsvertreter in den Spitzengesprächen von Ende April 1933. Denn unter den handschriftlichen Korrekturen, die von Wilhelm Leuschner stammen, läßt sich endlich der Entwurf erkennen, wie Jakob Kaiser und Dr. Theodor Brauer ihn ursprünglich formuliert haben:

„Die nationale Revolution hat einen neuen Staat geschaffen. Diese Tatsache stellt jeden Deutschen und jeden Stand vor die Notwendigkeit, ihre Haltung zu diesem Staat festzulegen. Im Ringen um die nationale Neugestaltung gingen Parteien, gingen einseitige Interessengebilde zugrunde. Nur was innerlich gesund war, was im deutschen Volkstum wurzelte, hatte Bestand. Es zeugt für die Vitalität, für das gesunde Volkstum der deutschen Gewerkschaften, daß ihre Lebenskraft unerschüttert blieb.

Die deutschen Gewerkschaften sind sich bewußt, daß auch an sie die Neugestaltung von Volk und Nation Forderungen stellt. Sie sind überzeugt, daß von ihrer bewußten Einordnung in die Neugestaltung die Zukunft des deutschen Volkes entscheidend beeinflußt wird. In dieser Erkenntnis sind sich alle Richtungen der deutschen Arbeitergewerkschaften einig. Sie erkennen den neuen deutschen Staat an. Sie sind getreu ihrer staatspolitischen Tradition zu positiver Mitarbeit an diesem Staat bereit.

Der neue deutsche Staat will die gesamte deutsche Volkskraft zusammenfassen und zu machtvollster Gestaltung bringen. Aus diesem volklichen Einheits- und Machtwillen heraus kann er weder klassenmäßige Zerreißung noch volksabgewandte Internationalität dulden⁹⁾).

Das klingt tatsächlich fatal. Bedeutet das ein offenes Bekenntnis zum totalen, unduldsamen, völkisch-nationalistischen Machtstaat? Einzelne Wendungen bestätigen diese Tendenz. Jedenfalls war der Entwurf auf weitgehende Gleichschaltung abgestimmt. Aber Wilhelm Leuschner hat vieles davon gestrichen oder redigiert, so daß schließlich ein Text herauskam, der das Schnittfeld aus einer Politik der Anpassung und einer Politik des aufkommenden Widerstandes markiert. Durch Leuschners Änderungen entstand ein ambivalentes Abkommen, dessen Wertung nicht mehr aus dem Wortlaut, sondern aus dem historischen Zusammenhang heraus erfolgen muß. Ob es in der Entwicklung des Jahres 1933 ein Gleichschaltungstext oder ein Widerstandsabkommen würde, hing letztlich davon ab, wie sich die Machthaber zu den Gewerkschaften stellten, und welche Festigkeit der „Führerkreis“ gegenüber dem Nationalsozialismus beweisen würde.

Als hätte es in dieser schwierigen Situation gegolten, noch einmal intern festzuhalten, was eine echte Gewerkschaft in den kommenden Kämpfen ausmachen würde, findet sich unter den Schriftstücken zum 28. April noch eine Begriffs-

9) Die textkritische Ausgabe dieses und des folgenden Textes steht im Archiv für Sozialgeschichte, Band XV, 1975 bevor. Der Nachlaß Wilhelm Leuschners, soweit erhalten, findet sich im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt Abt. 029.

bestimmung der Gewerkschaften, die Leuschner offenbar als Richtschnur diente. Ob es ihm darauf ankam, neben dem taktisch formulierten Einheitstext all das zu fixieren, was für den ADGB das Wesen einer Gewerkschaft minimaler ausmachte?

Die Definition lautet:

„Wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern (Gewerkschaften) sind nur solche Vereinigungen, die

1. ausschließlich aus Arbeitnehmern eines Berufes oder eines Industriezweiges bzw. mehreren Berufen oder Industriezweigen bestehen. Soweit Arbeitnehmer als Mitglieder beigetreten sind und dann Arbeitgeber werden, müssen sie, im Falle sie weiter Mitglied der Vereinigung bleiben, von allen Beschlußfassungen ausgeschlossen sein;
2. auf die Dauer angelegt und von dem Wechsel der Mitglieder unabhängig sind;
3. materiell und ideell vollkommen selbständig und unabhängig sind, insbesondere die zur Erreichung ihrer Zwecke nötigen Mittel aus Beiträgen der Mitglieder ausschließlich aufbringen und keine Unterstützung von Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden annehmen;
4. nur von Arbeitnehmern geleitet werden und Beiträge in einer Höhe erheben, die ausreichend ist, um die Interessen ihrer Mitglieder in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung wirksam zu vertreten;
5. zur Erreichung der unter 4 genannten Zwecke in ihrer Satzung anerkennen, daß sie auch den Streik als Kampfmittel anwenden wollen, wenn alle anderen Mittel zu keinem annehmbaren Ergebnis führen;
6. auf Grund der Satzung bei Streik, Aussperrung und Maßregelung ihren Mitgliedern eine Unterstützung gewähren.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben müssen die Gewerkschaften gegenüber jeder Staatsform unabhängig sein, da sie sonst *Arbeiterbehörden* wären. Sie dürfen der Staatsgewalt nur nach allgemeinen Grundsätzen unterstehen. Gewerkschaften müssen auch gegenüber jeder politischen Partei selbständig und unabhängig sein."

Das Ausmaß der Anpassung und Gleichschaltung bemißt sich an der inhaltlichen Abweichung von diesen Grundsätzen. Es resultiert aus der substantiellen Abweichung des Einheitsabkommens von diesen „Essentials" einer freien Gewerkschaftsbewegung. Diese Grundsätze schlossen eine wirkliche Gleichschaltung, die mehr als ein politisches Manöver bedeutete, letztlich aus. Mit ihnen war weder die „gelbe" Werksgemeinschaft, noch die „braune" Arbeitsfront oder etwa eine korporatistische Lösung nach dem Muster des italienischen Faschismus vereinbar. Wenn es unter den Arbeitspapieren zum 28. April 1933 einen echten Widerstandstext gab, dann war das weder das Einheitsabkommen noch der

Kaisersche Entwurf, sondern diese Bestimmung der unverzichtbaren Merkmale einer echten Gewerkschaft.

Thesen zur Bewertung des Einheitsabkommens unter Gesichtspunkten der Gleichschaltung und des Widerstandes

Eine gleichsam objektiv gültige Interpretation und Bewertung des Einheitsabkommens vom 28. April 1933 — sei es als Dokument des Widerstands oder der Gleichschaltung — ist nicht möglich. Dazu fehlt immer noch die vollständige, datierte und unterschriebene Fassung oder eine sozusagen „notariell“ beglaubigte Abschrift. Die gültige Urfassung muß weiterhin als verschollen gelten, womöglich ist sie vernichtet. Aber auch der textkritisch und in jeder Hinsicht gesicherte Wortlaut würde das Problem der Bewertung kaum aufheben. Deshalb seien hier und heute die folgenden Thesen gewagt:

1. Die von Jakob Kaiser überlieferte und in der „herrschenden Lehre“ verbreitete Version des Einheitsabkommens ist stark verkürzt und irreführend. Eine kritische Interpretation, die Kaisers eigene Deutung nicht übernimmt, sondern die wenigen Zeilen des verstümmelten Wortlautes selbständig auszulegen versucht, läßt Schlimmeres vermuten als tatsächlich vereinbart war.

2. Die von der Deutschen Arbeitsfront veröffentlichte Version muß als echt und nahezu vollständig angesehen werden. Die propagandistische Tendenz kommt nicht in der Kürzung, sondern im Zeitpunkt der Veröffentlichung und im polemischen Kommentar zum Ausdruck.

3. Mit Hilfe der Entwürfe, die im Leuschner-Nachlaß erhalten sind, läßt sich nicht nur der mutmaßlicherweise vollständige Wortlaut, sondern auch die Entstehungsgeschichte dieses Textes und die abweichende Haltung der christlichen und sozialistischen Verhandlungspartner rekonstruieren.

4. Die Interpretation des Abkommens bleibt ambivalent, denn es enthält sowohl Elemente der Gleichschaltung als auch des Widerstandes.

a) Zwar wird die „nationale Revolution“ und der „neue Staat“ kritiklos akzeptiert. Aber nirgendwo findet sich ein klares Bekenntnis zum Nationalsozialismus oder zum Führer Adolf Hitler, also keine Geste bedingungsloser Unterwerfung.

b) Weder die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation noch die „gelben“, wirtschaftsfriedlichen Werkvereine werden erwähnt oder gar als Vertragspartner einbezogen. Das gilt umgekehrt auch für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO). Es ist ein Abkommen im Sinne der Weimarer Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten.

c) Die nationalsozialistischen Machthaber mochten den Text nicht anerkennen, sondern betrachteten ihn als letzten Rettungsversuch der Gewerkschaften.

d) Im Zusammenhang des Leipziger-Kurses erscheint der Text als letztes Glied in einer Kette opportunistischer Anpassungsversuche gegenüber dem neuen

Regime. Aber im Hinblick auf den Leuschner-Kurs, der sich im April 1933 mehr und mehr durchzusetzen begann, ist er als Grundstein des Widerstandes, der illegalen Reichsleitung und des Führerkreises in Richtung auf den 20. Juli 1944 zu sehen.

5. Stärker noch als im Leipziger-Kurs kommt die Gleichschaltungstendenz im Entwurf der christlichen Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser und Theodor Brauer zum Ausdruck. Es ist das Verdienst Wilhelm Leuschners, diese Stilfiguren der Anpassung an die nationale Revolution gemildert oder gänzlich gestrichen zu haben.

6. Zusätzlich zum Einheitsabkommen wurde ein Grundsatzpapier entwickelt, das die wesentlichen Merkmale einer Gewerkschaft als unabhängiger Interessenvertretung der Arbeiterschaft festhielt.

7. Das Abkommen hatte nicht nur Überlebensfunktion und Konkordatscharakter, sondern zielte darauf, aus der Niederlage heraus die Verschmelzung der Richtungsgewerkschaften und damit den alten Traum von der „Einheit“ zu realisieren, der sich unter günstigeren Bedingungen immer wieder als illusionär erwiesen hatte.

In dieser Hinsicht kann der Wert des Abkommens gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Es ist die einzige schriftliche Form, in der die intakten Spitzen der drei Richtungsgewerkschaften sich auf zentraler Ebene zur organisatorischen Einheit verpflichtet haben. Deshalb steht die Vereinbarung in ihrer historischen Bedeutung gleichrangig neben der Münchner Gründungsurkunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wie diese den Zusammenschluß der Industriegewerkschaften besiegelt, bezeugt jene das Aufgehen der Richtungsgewerkschaften in der Einheitsorganisation.

Es bleibt das Verdienst Jakob Kaisers, seine christlichen Kollegen immer wieder an diese Zusammenhänge erinnern zu haben. Gleichwohl bestehen Zweifel, wie weit die zuständigen Organe der drei Richtungen seinerzeit dem Gang der Verhandlungen folgen und dem Verhandlungsergebnis zustimmen konnten.

8. In den Krisen der Einheitsgewerkschaft, die es nach 1945 wiederholt gegeben hat, war die Berufung auf den Einheitstext von 1933 immer wieder von besonderer Bedeutung. Freilich aktivierte sich in dieser Berufung auch seine inhaltliche Ambivalenz — bis hin zu jenem „Gleichschaltungsversuch“, der 1953 am Beginn der autoritären Phase der Ära Adenauer stand.

9. In der fortwirkenden Dialektik von Gleichschaltung und Widerstand spiegelt sich die allgemeinere Dialektik von Gewerkschaft als Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, als kooperativer oder konfliktorischer Vertretung der Arbeiterklasse in unserer Gesellschaft.

10. Die damit einhergehende Ambivalenz ist nicht mit Beliebigkeit und Willkür zu verwechseln, so als könne jeder einzelne *für sich* und die Organisation *an sich* jeweils nach eigenem Gutdünken heute Ordnungsfaktor und morgen

Gegenmacht sein. Die Aufhebung der Ambivalenz ergibt sich freilich auch nicht aus der verbesserten Exegese historischer Texte, sondern allein im Zusammenhang von gesellschaftlicher Entwicklung, lebensgeschichtlicher Reflexion und bewußter Parteinahme in der sozialen Auseinandersetzung.

Wilhelm Leuschner hat dafür ein überzeugendes Beispiel geboten. Er vereinigte in den elf Jahren seines aktiven Widerstandes die vollendete Mimikry der Anpassung mit der wirkungsvollsten Organisation der illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften. Er vermied den Hitlergruß in den schwierigsten Situationen und täuschte die Gestapo am wirkungsvollsten durch seine offene und angstfreie Resistenz. Leuschner wahrte Prinzipientreue bis zum äußersten. Was er auf dem Höhepunkt der Verhandlungen mit den Nationalsozialisten am Gründonnerstag des Jahres 1933 als sein politisches Ziel bezeichnete, die gewerkschaftliche Einheit, das wiederholte er am 28. September 1944, dem Tage vor seiner Hinrichtung in Plötzensee, indem er seinen Gefährten zurief: „Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit¹⁰).“ Damit erfüllte sich die Dialektik von Gleichschaltung und Widerstand im lebensgeschichtlichen Zusammenhang.

10) Der Ausspruch ist in dieser Form legendär, muß aber in ähnlicher Weise erfolgt sein, wie von unabhängigen Zeugen berichtet wird, darunter Gustav Dahrendorf in „Das Volk“, 20. 7. 1945, S. 1.